

***Mehr GRÜN für
Lüdinghausen***

**Plattform zur
Kommunalwahl 2014**



Inhalt

Präambel	3
Klimaschutz	4
Bildung und Erziehung	5
Wohnen und Stadtentwicklung	7
Verkehr	7
Soziales Miteinander	9
Sport	10
Kultur	10



Impressum

Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Ortsverband Lüdingausen

Auflage: 100 Stück

CO₂-kompensierter Druck auf Umweltschutzpapier

V.i.S.d.P.: Annette Mönning, Telgengarten 14, 59348 Lüdinghausen

Diese Wahlplattform wurde von den Mitgliedern gemeinsam mit interessierten, parteipolitisch nicht gebundenen Lüdinghauser Bürgerinnen und Bürgern im Januar und Februar 2014 erarbeitet und am 6. März 2014 auf der Mitgliederversammlung der GRÜNEN einstimmig verabschiedet.

Präambel

Bei der Erarbeitung der vorliegenden Wahlplattform haben wir GRÜNE festgestellt, dass die Themen, die uns vor fünf Jahren umgetrieben haben, immer noch ganz oben auf der Agenda stehen, insbesondere Klimaschutz, Verkehr und Bildung. Natürlich haben sich Vorzeichen und Rahmenbedingungen geändert, aber viele unserer 2009 gemeinsam formulierten Ziele sind nach wie vor aktuell und werden auch in den kommenden 6 Jahren unsere Arbeit bestimmen.

Dem Schlingerkurs der Berliner „GroKo“ zum Trotz müssen wir in Lüdinghausen die Energiewende vorantreiben. Der Windpark in Aldenhövel ist energie- und wirtschaftspolitisch sinnvoll, denn Windkraft schont das Klima und bedeutet Wertschöpfung vor Ort.

Es ist immer noch das Automobil, das die Maßstäbe für die Verkehrspolitik setzt – das ist leider auch in Lüdinghausen so. Die Prioritäten müssen künftig anders gesetzt werden, mehr ÖPNV, weniger Individualverkehr. Die Abschaffung des Taxibusses in Lüdinghausen war keine gute Entscheidung, denn leider kann auch der ehrenamtlich geführte Bürgerbus diese Lücke nicht ausfüllen. Die vermeintlich hohen Kosten waren damals der ausschlaggebende Grund für die Aufgabe des innerstädtischen Taxibusses. Keine Rolle spielen Kosten, wenn es um Straßenprojekte geht. Für den Neubau der K 8 will die Stadt 100.000 Euro springen lassen, obwohl diese Straße keinen nennenswerten Entlastungseffekt bringen wird, dafür aber die schützenswerte Landschaft im südlichen Münsterland unwiderruflich zerstört. Und auch für den Kreisverkehr im Süden der Stadt im Verlauf der Olfener Straße im Gewerbegebiet Tetekum legt die Stadt fast

300.000 Euro auf den Tisch. Geld spielt hier auf einmal keine Rolle mehr!

Auch im Bereich Bildung ist die CDU/FDP-Koalition in Lüdinghausen nicht gerade das, was man die Speerspitze des Fortschritts nennen könnte. „Gemeinsames Lernen“ war nie ein wirkliches Thema, man hatte sich im dreigliedrigen Schulsystem eingegelt. Ein fataler Fehler, denn beim Einigeln hat man den Blick auf die Veränderungen der Schullandschaft in den Nachbarkommunen schlicht verpennt. Die geplante Sekundarschule – statt Haupt- und Realschule – ist nicht das, was Lüdinghausen wirklich braucht: eine Gesamtschule!

Kommunalpolitik in Lüdinghausen unter CDU-FDP-Regie ist der Inbegriff für eine „Politik in Hinterzimmern“. Die Weichenstellungen für wichtige Entscheidungen erfolgt in schöner Regelmäßigkeit nicht nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit, auch der Rat wird regelmäßig durch den CDU-Bürgermeister vor vollendete Tatsachen gestellt. Meistens ist die christlich-liberale Koalition mit dieser Geheimniskrämerei durchgekommen. Doch das politische Klima hat in den letzten 5 Jahren mächtig gelitten, und Stadtrat und Ausschüsse sind zu „blutleeren“ Veranstaltungen degeneriert, in denen nur noch „abgenickt“ werden soll, was zuvor vom Bürgermeister und den Fraktionssprechern von CDU und FDP ausgekungelt wurde.

Transparenz ist jedoch die notwendige Voraussetzung dafür, dass alle Stadtverordneten genauso wie die Bevölkerung Entscheidungen nachvollziehen und gutheißen können. Eine Koalition mit GRÜNER Beteiligung wird dem Rat und seinen Ausschüssen die Bedeutung zurückgeben, die ihnen zusteht.

Klimaschutz

Stadtwerke für alle – erNEUERbare ENERGIE für Lüdinghausen

Mit 23,2 % Ökostromanteil ist Lüdinghausen im Kreis Coesfeld weit abgeschlagen und landet nur auf einem der hinteren Plätze. Das ist eine bittere Bilanz, verwundert aber nicht, denn Klimaschutz spielt in Lüdinghausen unter den hiesigen Mehrheitsverhältnissen im Rat bestenfalls eine untergeordnete Rolle.

Das müsste nicht so sein, denn Lüdinghausen hat als ländliche Kommune ein großes Potenzial, um mehr Strom auf Basis unerschöpflicher Energieträger (Sonne, Wind, Biomasse, Wasser) zu erzeugen. Doch dafür braucht es den politischen Willen, hier aktiv zu werden.

Diesen Willen - in Verbindung mit einer großen Ausdauer - haben die GRÜNEN in der Vergangenheit immer wieder gezeigt. Nach mehr als einem Jahrzehnt haben wir es geschafft, vor Ort das „Signal“ für den Bau von Windkraftanlagen in der Bauerschaft Aldenhövel wieder auf „Grün“ zu stellen und ein Bebauungsplan-Änderungsverfahren in Gang zu setzen. Das reicht aber nicht, um die auf Europa-, Bundes- und Landesebene beschlossenen Klimaschutzziele zu erreichen. Dazu bedarf es deutlich größerer Anstrengungen – gerade auch hier bei uns in Lüdinghausen. Wir setzen uns dafür ein, dass weitere Flächen für den Bau von Windrädern ausgewiesen werden.

Die Stadt Lüdinghausen hat mit unserer Zustimmung beschlossen, im Verbund mit den Nachbarkommunen die Energienetze zu übernehmen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass dieser Beschluss zum Kauf des Erdgas- und Stromnetzes nun auch tatsächlich vollzogen wird. Denn mit der Netzeigentümerschaft hat die Stadt Lü-

dinghausen künftig bei wichtigen Infrastruktur-Entscheidungen das Sagen. Darüber hinaus soll sich die Stadt künftig auch bei der Energieerzeugung und beim Vertrieb engagieren.

Die Energiewende lässt sich nicht mit einigen wenigen „von oben“ geplanten Großprojekten umsetzen, sie braucht die Beteiligung aller Bürger. Die Errichtung von Windkraftanlagen und die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft sollen die Lüdinghauser Bürgerinnen und Bürger daher nicht nur als „Zaungäste“ erleben, sie sollen nach unserer festen Überzeugung auch zu Beteiligten werden und von den wirtschaftlichen Vorteilen profitieren können. Dies kann die Stadt in eigener kommunaler Zuständigkeit durch eine entsprechende Genehmigungspraxis sicherstellen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass sowohl bei den Windkraft-Projekten als auch beim Kauf der Leitungsnetze eine Finanzbeteiligung der Bürger ermöglicht wird.

Wir GRÜNE sehen in der Energiewende in Bürgerhand einen großen Strauß an sozial-, gesellschafts- und nicht zuletzt wirtschaftspolitischen Möglichkeiten. Die mit dem „European Energy Award“ ausgezeichneten Kommunen, wie etwa die Gemeinde Saerbeck in unserem Nachbarkreis Steinfurt, sind für uns ein Vorbild.

Klimaschutz und Energiewende umfassen aber deutlich mehr: Auch bei der Beheizung der Gebäude wird neben einer besseren Wärmedämmung künftig Sonnenenergie und Umweltwärme die zentrale Rolle spielen. Die Stadt hat darauf bei der Bauleitplanung einen großen Einfluss, denn mit der Ausrichtung der Gebäude

wird auch über deren künftigen Energiebedarf entschieden.

Der Klimawandel lässt sich mit diesen Maßnahmen allerdings nicht verhindern, sondern nur abmildern. Um mit den Folgen des Klimawandels besser klarzukommen, müssen daher weitere Maßnahmen ergriffen werden. Hierzu zählt auch die gezielte Ausweisung von Überschwemmungsflächen. Die Stever wird künftig aufgrund verstärkt auftretender Starkregenereignisse wieder häufiger Hochwasser führen und benötigt daher ausreichend

„Platz“, um über die Ufer treten zu können, ohne großen Schaden anzurichten. Wir GRÜNE wollen, dass die Ausweisung von Überschwemmungsflächen in Verbindung mit Renaturierungs-Maßnahmen entlang der Stever erfolgt.

Wir GRÜNE setzen uns für die kurzfristige Aufstellung eines Lüdinghauser Klimaschutzkonzeptes ein. So können die unterschiedlichen Klimaschutz-Maßnahmen sinnvoll koordiniert und auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.

Konkret heißt das:

- Aufstellung eines lokalen Klimaschutzkonzepts, das konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der lokalen Treibhausgasemissionen benennt und deren Umsetzung vorantreibt. Dessen Ziele werden unter Beteiligung der Öffentlichkeit regelmäßig überprüft
- Schaffung der planungsrechtlichen Grundlagen für den Betrieb von Windkraftanlagen in Lüdinghausen im bislang einzigen Windvorranggebiet der Stadt in der Bauerschaft Aldenhövel
- Ausweisung weiterer Flächen, auf denen Windkraftanlagen errichtet werden können
- Unterstützung der Lüdinghauser Einwohner bei der Errichtung weiterer Bürgersolaranlagen z.B. durch kostenlose Bereitstellung städtischer Dachflächen
- Installation von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden durch die Stadt als Bauherrn

Bildung und Erziehung

In Zeiten des demographischen Wandels wird Bildung zu einer zentralen Zukunftsaufgabe und zu einem der wichtigsten Standortfaktoren für die Kommunen. Eine älter werdende Gesellschaft muss schon aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gründen die Potenziale der nachwachsenden Generationen optimal fördern und nutzen. Wir GRÜNE verstehen Erziehung, Bildung und Betreuung ganzheitlich. Dazu gehören für uns z. B. auch die Angebote der Offenen Jugendarbeit, der - und der Kunstschule, der Vereine, der VHS oder der Bücherei.

Die Bildungsperspektiven innerhalb der Lüdinghauser Schullandschaft wurde leider durch die von der CDU/FDP-Mehrheit völlig einseitig propagierte Sekundarschule als scheinbar einzige Möglichkeit eingeschränkt. Auch in den Workshops mit Beteiligung interessierter Eltern wurde die Errichtung einer Gesamtschule als möglicher Alternative trotz breiter pädagogisch motivierter Zustimmung aus rein pragmatischen Gründen (höhere Kosten, nicht zu erwartender regionaler Konsens) ausgeschlossen.

Als Mittelzentrum des Südkreises braucht Lüdinghausen eine eigene Gesamtschule. Aber die CDU/FDP-Ratsmehrheit hat die Chance vertan, sich rechtzeitig auf die von der neuen Landesregierung eröffneten Möglichkeiten zur zukunftssicheren Schulentwicklung in Lüdinghausen einzustellen. Eltern wählen heute neben dem Gymnasium in verstärktem Maße Schulformen, die den Kindern möglichst lange alle Bildungswege und Schulabschlüsse offen halten. Durch den zwischen den Parteien SPD, GRÜNE und CDU 2011 auf Landesebene vereinbarten Schulkonsens wurde nicht nur die Sekundarschule als neue Schulform des längeren gemeinsamen Lernens eingeführt, sondern auch die Errichtung von Gesamtschulen mit eigener Oberstufe (G 9) erleichtert. Doch statt die neuen Möglichkeiten zu nutzen, haben Bürgermeister und Ratsmehrheit zunächst alles daran gesetzt, die Umstrukturierung der Schullandschaft in den Nachbarkommunen durch eine sinnlose Blockadehal-

tung aufzuhalten. Während Ascheberg und Selm mit der Errichtung einer Gemeinschaftsschule und einer Sekundarschule inzwischen Fakten geschaffen haben, sind die Entwicklungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Erneuerung der Schullandschaft in Lüdinghausen mittlerweile deutlich begrenzt. So droht die Errichtung einer eigenen Gesamtschule im Schulzentrum an der Tüllinghofer Straße wegen der zu erwartenden Bestandsgefährdung der seit über 20 Jahren bestehenden Gesamtschulen in Olfen und Nordkirchen zu scheitern.

Wir GRÜNE werden uns der schnellstmöglichen Errichtung einer Sekundarschule in Lüdinghausen nicht in den Weg stellen, gleichzeitig aber alles dafür tun, ihre Umwandlung in eine **Gesamtschule** voranzutreiben. Wir wollen eine **zukunftsfähige und zukunftssichere Schulstruktur** für Lüdinghausen, dazu gehört die Errichtung einer Gesamtschule, **einer Schule für alle mit allen Optionen!**

Konkret heißt das:

- Aufbau einer **kommunalen Bildungsberichterstattung** als wirksame Steuerungsunterstützung, in die die Erkenntnisse von Schulaufsicht, Schulverwaltungsamt, Jugendamt, Arbeitsförderung, Arbeitsagentur einfließen, um zukünftige Bildungsentwicklungen steuern zu können
- Lernen von Anfang an, d.h. weiterer bedarfsorientierter **Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige** bei gleichzeitig gesicherter Vorhaltung von Plätzen für die Drei- bis Sechsjährigen
- Ausbau und Förderung der Inklusion in allen Kindergärten, Kindertagesstätten, allen Schulen und Schulformen bei verbesserter finanzieller und personeller Mittelzuweisungen durch Land und Bund
- Ersatz aller Schulpavillons
- Unverzögliche Realisierung der Nutzungsmöglichkeiten von Räumen für Orchesterproben der Musikschule im Gymnasium Canisianum
- Unterstützung von Initiativen zur Umwandlung aller Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
- Stärkere finanzielle Unterstützung städtischer und kirchlicher Jugendarbeit

Wohnen und Stadtentwicklung

Lüdinghausen wird als Wohn- und Einkaufsstadt von Einwohnern und Besuchern gleichermaßen hoch geschätzt. Die historische Altstadt mit dem grünen Umfeld der Burgen bietet eine hohe Lebensqualität. Wir GRÜNE wollen die Attraktivität unserer Stadt durch eine Politik mit Augenmaß und Fantasie erhalten und weiter entwickeln. Dazu kann auch die Regionale 2016 beitragen, wenn sie die Beziehungen zwischen den Burgen und der

Innenstadt stärkt. Dabei muss auf der einen Seite der städtische Charakter, auf der anderen Seite der Bereich von Natur und Landwirtschaft hervorgehoben werden. Mit einem Flächenmanagement, das den Verbrauch von Grund und Boden auf den Innenstadtbereich konzentriert und vor allem sparsam mit Flächenverbrauch umgeht, wollen wir den Charakter unserer Stadt als lebenswerte Kleinstadt im Grünen erhalten.

Konkret heißt das:

- Konsequente Nutzung vorhandener Bau- und Gewerbegrundstücke
- Keine weitere Zersiedlung durch Ausweisung zusätzlicher Bau- und Gewerbegebiete an der Peripherie
- Bewahrung historisch gewachsener Bausubstanz in der Innenstadt als wichtiges Markenzeichen Lüdinghausens
- Beachtung der Maßstäblichkeit innerstädtischer Bebauung in Beziehung zur vorhandenen Bebauung (Negativbeispiel Wolfsberg)
- Erhalt bestehender Grünflächen

Verkehr

Unser öffentlicher Raum ist ein Ort für uns Bürger dieser Stadt. Die Gestaltung dieses Raumes muss den unterschiedlichen Anforderungen gerecht werden, die die Menschen an diesen Raum stellen. Die Funktion als Verkehrsraum ist dabei nur eine der vielen Nutzungen, die aber in den letzten Jahrzehnten die Gestaltung unserer Umgebung überwiegend geprägt hat.

Die Weise, wie wir den öffentlichen Raum nutzen und gestalten, erzählt etwas über die Art unseres Zusammenlebens. Wie wir unsere Umgebung gestalten, ist Fenster und Spiegel von uns selbst als Bürger unserer Stadt.

Der öffentliche Raum dient auch dem Verweilen und dem zwischenmenschlichen Kontakt. Er ist Raum für Menschen und fordert zu sozialem Handeln auf. Das gilt auch für diejenigen, die sich dort auf der Durchfahrt befinden und diesen Raum nur queren.

Für den Verkehrsraum gelten andere Regeln, sowohl für das Verhalten als auch für die Gestaltung. Hier gilt als Hauptziel das Überbrücken von Entfernungen. Aber gerade im Ortsbereich tangiert er auch viele Menschen in ihrer Lebensqualität. Somit ist hier größter Wert auf die Minimierung ungünstiger Begleiterscheinungen zu legen. Das ist für uns GRÜNE das Leitbild

für die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Davon ausgehend ist auch die Planung des Verkehrs zu entwickeln.

Im Vordergrund der Verkehrsplanung stehen für uns GRÜNE Verbesserungen für

Fußgänger, Radfahrer, Bus- und Bahnbenutzer sowie die Senkung der hohen Preise für Einzelfahrten, um die Nutzung zu erleichtern.

Konkret heißt das:

- Gute und durchgehende Fußwege, da der Anteil älterer Menschen weiter zunehmen wird und somit die Qualität der Wege die Nutzung von Gehhilfen gefahrlos ermöglichen muss, vor allem beim Kopfsteinpflaster im Innenstadtbereich
- Gute Radwegeanbindung für die Anwohner aller Wohngebiete an die wichtigsten Zielgebiete im Stadtbereich, also in die Innenstadt, die Schulen, Sportstätten und die neuen Einkaufszentren
- Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage in der Innenstadt, möglichst mit einer Gruppe von Schließfächern zur Aufbewahrung von Einkauf oder Gepäck während eines Stadtbummels
- Verbesserung der Verkehrssicherheit an Kreuzungen, Einmündungen und Kreisverkehren durch Schaffung von Aufstellzonen mit räumlichem Vorlauf (wie etwa im Kreuzungsbereich der Mühlenstraße mit der Konrad-Adenauer-Str.) und Ampelschaltungen mit zeitlichem Vorlauf für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer
- Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau der Angebote des öffentlichen Nahverkehrs, vor allem am Wochenende
- Verlegung der Zu- und Abfahrt des Taxiunternehmens über den Busbahnhof, um dort auch in den Abend- und Nachtstunden Öffentlichkeit zu schaffen sowie die Wolfsberger Straße zu entlasten
- Nutzung des Busbahnhofs auch durch private Busbetriebe, um Fahrgäste aufzunehmen oder abzusetzen
- Umgestaltung des Parkplatzes am Busbahnhof als Park-and-Ride-Platz
- Einrichtung einer weiteren Zone für kurzzeitiges Halten am Busbahnhof zum Abholen oder Wegbringen von Busfahrgästen
- Keine Mitfinanzierung der K 8n durch die Stadt Lüdinghausen, da diese Straße laut Verkehrsgutachten Seppenrade kaum von Verkehr entlastet und faktisch eine mautfreie Abkürzung zur B 474n für den Fernverkehr auf Kosten des Steuerzahlers ermöglicht
- Benennung eines Ansprechpartners in der Verwaltung für alle Verkehrsangelegenheiten; Diesem können Verkehrsteilnehmer Problemzonen, die ihnen bei ihren Alltagswegen auffallen, zur Kenntnis bringen. Der Verkehrsbeauftragte erarbeitet bereichsübergreifende Lösungen.
- Mitgliedschaft der Stadt Lüdinghausen in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und entsprechende personelle Mittelbereitstellung

Soziales Miteinander

Das Wirtschafts- und Sozialsystem schafft in unserer Gesellschaft zunehmend Bedingungen, unter denen gerade die Menschen am meisten leiden, die sich am wenigsten wehren können. Auch in Lüdinghausen existiert offene und versteckte Armut, die eine solidarische Gesellschaft nicht akzeptieren kann. In unserer Stadt gibt es Menschen, die Schwierigkeiten haben, am Leben in der Gesellschaft teilzunehmen. Dies zeigt insbesondere die hohe Anzahl der Menschen, die bei der Lüdinghauser Tafel teilweise seit Jahren um Unterstützung bitten müssen.

Eine ganz besondere Verantwortung hat die Gesellschaft für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Die Härten unseres Systems treffen aber auch Menschen, die aufgrund einer Krankheit, Behinderung oder ihres Migrationshintergrundes besondere Belastungen zu tragen haben. Auch viele alte Menschen können nur noch eingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Für diese Gruppen muss sich die Stadt Lüdinghausen einsetzen.

Konkret heißt das:

- Errichtung von Ganztagschulen, weil sie benachteiligte Kinder in besonderem Maße fördern
- Schulsozialarbeit an Schulen bis einschließlich Sek. I, da sie Prävention und besondere Förderung ermöglicht
- Möglichkeit der Teilnahme eines jeden Kindes am Mittagessen in der Kita oder in der Schule
- Einrichtung eines örtlichen Beratungs- und Koordinierungsangebots für Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten
- Flexiblere Kinderbetreuungszeiten in Kitas und Kindergärten
- Ermöglichung von weiteren Projekten des „Mehr-Generationen-Wohnen“ durch Schaffung von planungsrechtlichen Voraussetzungen im innenstadtnahen Bereich
- Erstellung eines Inklusionsplans für die Stadt Lüdinghausen
- Barrierefreie Gestaltung aller öffentlichen Einrichtungen
- Einbindung direkt gewählter Seniorenvertreter/innen in die Entscheidungen aller relevanten Ratsausschüsse
- Förderung sozialen Wohnungsbaus, auch barrierefrei und behindertengerecht, mit guter Nahversorgung
- Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von Menschen aller Kulturen
- Verbesserung der Unterbringungssituation von Asylbewerbern.

Sport

Schulen und Vereine müssen genügend Sportstätten zur Verfügung haben, um ihre sportlichen, gesundheitlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen. Für Fußball und Leichtathletik sind die Weichen in Lüdinghausen richtig gestellt.

Mängel zeigen sich jedoch im Schulsport, wo immer noch nicht genügend Sporthallenplätze zur Verfügung stehen. Hier müssen in den nächsten Jahren große Anstrengungen unternommen werden, um vorhandene Sporthallen zu modernisieren und zu erweitern. Wo dies nicht möglich ist, müssen auch Ersatz- oder Neubauten in Angriff genommen werden.

Neben dem vordringlichen Bedarf der Schulen wollen wir GRÜNE auch den Ju-

gend- und Breitensport fördern durch Bereitstellung von Übungsflächen, aber auch durch Unterstützung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern. Es müssen aber auch Wege gefunden werden, um dem leistungsorientierten Vereinssport in Lüdinghausen eine weitere Zukunft zu ermöglichen.

Die geplante Leistungssporthalle in den Janackergärten wird sehr kritisch gesehen. Die Bedürfnisse der Spitzenmannschaften (Badminton, Volleyball) können erst dann berücksichtigt werden, wenn ausreichende Hallenkapazitäten für den Schul- und Breitensport vorhanden sind. Zudem müssen sich die Vereine in angemessenem Umfang an den Mehrkosten beteiligen.

Konkret heißt das:

- Schrittweise Umsetzung des von uns GRÜNEN initiierten Sportstättenkonzepts, das heißt Neubauten am Schulzentrum Tüllinghofer Straße und an der Ostwallschule
- Beseitigung des Turn- und Sporthallenmangels
- Größere Verfügbarkeit der Sportstätten auch für den Jugend- und Breitensport
- Beibehaltung eines Schwimmbetriebes für Zwecke des Breitensports
- Unterstützung des Jugend- und Breitensports durch Förderung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter

Kultur

Kunst, Musik, Theater, Literatur, Brauchtum, Vereinsleben, Feste - alle diese Sparten sind in Lüdinghausen mit Leben gefüllt, auch dank vielfältiger privater Initiativen und dank eines hohen ehrenamtlichen Einsatzes. Sie ergänzen und bereichern das städtische Kulturangebot und das Leben in unserer Stadt.

Kulturelle Vielfalt und Aktivität belebt und integriert. Auch kann sie irritieren. Sie öffnet neue Horizonte und unterstützt die gesellschaftliche Kommunikation und das gesellschaftliche Miteinander.

Diese vielfältigen kulturellen Aktivitäten wollen wir GRÜNE erhalten und weiter fördern.

Konkret heißt das:

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt ihren freiwilligen Kulturauftrag grundsätzlich als Pflichtaufgabe versteht und kulturelle Initiativen verlässlich fördert.
- Freie Kulturträger und Kulturprojekte (z.B. der plattdeutscher Theaterverein, Chöre usw.) sollen finanziell und räumlich unterstützt und gefördert werden.
- Wir wollen kulturelle Vielfalt fördern. Andere Kulturen sollen verstärkt in das Veranstaltungsprogramm der Stadt einbezogen und bei städtischen Festen berücksichtigt werden.
- Kulturelle Initiativen und Veranstaltungen von und für Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt fördern und unterstützen.
- Nutzung der Burg Lüdinghausen und des Taverny-Parks für Jugend-Events, wie etwa in der Vergangenheit das „Hallabalouza“ oder „Igelrock“



Tritt für diese Inhalte an: Das Team der Lüdinghauser GRÜNEN



v.l.n.r. (stehend): Eckart Grundmann, Johanna Hamacher, Lars Reichmann, Tilde Haase, Willi Kortmann, Bruno Bierschenk, Annette Mönning, Jöran Kortmann, Julia Kieslich, Gustav Bölke, (sitzend): Dennis Zittlau, Lothar Kostrzewa-Kock, Peter Mönning